

JUGEND- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Der Konsum und der Erwerb von Genussmitteln muss unter Auflagen entkriminalisiert werden, damit der Staat regulierend und schützend eingreifen kann. Eine staatlich geregelte Qualitätskontrolle ist notwendig, ähnlich der von Medikamenten. Ein Beipackzettel muss über Art und Dosis, wie auch über Hilfsangebote informieren. Nur speziell ausgebildetes Personal darf den Verkauf in entsprechenden Fachgeschäften unter strikter Beachtung des Jugendschutzes betreiben.

SCHUTZ VON NICHTKONSUMENTEN UND PATIENTEN

Staatliche Reglementierung muss sich darauf beschränken, Verhalten zu sanktionieren, das Dritten schadet. Der Staat muss die Freiheitsrechte aller Bürger achten. Drogenpolitische Scheuklappen dürfen die medizinische Versorgung von Schmerzpatienten nicht beeinträchtigen oder diese kriminalisieren. Viele Studien zeigen das arzneiliche Potenzial von Cannabis in der Schmerztherapie, bei Depressionen und bei vielen Autoimmunerkrankungen.

HILFE FÜR RISIKOKONSUMENTEN

Nicht jeder kann mit Genussmitteln verantwortungsvoll umgehen. Abhängige und Gefährdete sind keine Verbrecher, sondern brauchen unkomplizierten Zugang zur Suchthilfe. Die Piraten wollen schadensminimierende Sofortmaßnahmen wie Spritzenabgabe und Drug-Checking, d. h. eine anonyme Möglichkeit der Analyse auf teilweise lebensgefährliche Verunreinigungen, ermöglichen.

SCHWERSTABHÄNGIGEN KONSEQUENT HELFEN

Wir unterstützen die Errichtung und staatliche Finanzierung von Drogenkonsumräumen (Fixerstuben). Eine fortlaufende Erfassung der dort konsumierten Substanzen ermöglicht das frühzeitige Erkennen neuer Rauschtrends. Risikokonsumenten wollen wir die Scheu vor Hilfsangeboten nehmen und Schwerstabhängigen eine Therapie mit Ersatzstoffen niederschwellig anbieten.

KOSTEN REDUZIEREN, STEUEREINNAHMEN ERHÖHEN

Repressive Drogenpolitik verursacht weit höhere Kosten, als sie durch eine Entkriminalisierung entstehen würden: Durch die Prohibition bedingte Ausgaben für Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Gefängnisse, Kosten durch erhöhte Gesundheitsrisiken (verunreinigte Drogen) sowie Beschaffungskriminalität. Dem Staat entgehen durch den bestehenden Schwarzmarkt hohe Steuereinnahmen.